

Beiträge des Landes Baden-Württemberg zur Konferenz zur Zukunft Europas

Begrüßungsworte von Florian Hassler, Staatssekretär für politische Koordinierung und Europa

Sehr geehrte Damen und Herren,

die europäische Einigung ist das größte Friedensprojekt der Gegenwart. Mit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine in unserer unmittelbaren Nachbarschaft wird uns heute wieder leidvoll vor Augen geführt, welche wertvolle Errungenschaft der Frieden für uns in Europa bedeutet. Dabei ist das europäische Projekt unsere Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft, vor denen wir in Europa, aber auch weltweit stehen. Die großen Aufgaben unserer Zeit können wir nur gemeinsam bewältigen, als Europäerinnen und Europäer, davon bin ich überzeugt. Daher kommt es auf eine starke und handlungsfähige Europäische Union (EU) an. Die Konferenz zur Zukunft Europas, die am 9. Mai 2021 gestartet ist, soll Antworten geben auf die Frage zur weiteren Entwicklung der EU. Zum ersten Mal stehen dabei die Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt. In zahlreichen Formaten von der kommunalen, über die regionale und nationale bis hin zur europäischen Ebene kommen Bürgerinnen und Bürger zusammen, um ihre Wünsche und Vorstellungen über die Zukunft der EU zu diskutieren. Baden-Württemberg hat sich mit eigenen Veranstaltungsformaten in die Konferenz zur Zukunft Europas eingebracht. Wir haben mit Bürgerinnen und Bürgern im Land gesprochen und ihre Ideen und Vorschläge für die zukünftige Ausgestaltung der EU gesammelt. Die Menschen haben genaue Vorstellungen, wie die EU in Zukunft aussehen soll. Die Ergebnisse zeigen den Wunsch nach Veränderungen. Eine stärkere und kontinuierliche Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Prozesse stehen dabei ganz oben. Baden-Württemberg hat die Ergebnisse aus den Veranstaltungen in den Prozess zur Konferenz zur Zukunft Europas eingebracht. Wir fühlen uns verpflichtet, an der Mitgestaltung für eine starke und zukunftsfähige EU mitzuwirken. Auf den folgenden Seiten bekommen Sie einen Einblick in die Ergebnisse unserer Veranstaltungen und die daraus abgeleiteten Anliegen der Landesregierung. Unser ganz besonderer Dank gilt allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich beteiligt haben, und den Projektpartnern, durch deren Engagement die Veranstaltungen möglich wurden.

Mit besten Grüßen

Florian Hassler

Begrüßungsworte von Barbara Bosch, Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Baden-Württemberg liegt im Herzen Europas. Die Bürgerinnen und Bürger leben und erleben Europa tagtäglich. Dies gilt zum einen ganz konkret im grenzüberschreitenden Zusammenleben mit unseren Nachbarn aus Frankreich und der Schweiz. Zum anderen pflegen unsere Unternehmen, Forschungseinrichtungen, Kommunen und die Zivilgesellschaft intensive Verbindungen und Partnerschaften in ganz Europa. Die Debatte um die Zukunft Europas beschäftigt deswegen auch die Menschen in unserem Land. Baden-Württemberg hat eine lange Tradition, sich aktiv in europapolitische Prozesse einzubringen. Die Konferenz zur Zukunft Europas hat diese Debatte aufgegriffen. Wir haben uns intensiv und mit vielen Dialogangeboten daran beteiligt. Mit jungen Menschen aus den Regionen Lombardei, RhôneAlpes und Katalonien haben wir über ihre Ideen gesprochen. Aus dem Donaauraum kamen junge und alte Menschen zusammen, um über ihre Visionen für eine Zukunft innerhalb der EU und als Nachbarn diskutiert. In Bürgerdialogen mit zufällig ausgewählten Baden-Württembergerinnen und Baden-Württembergern aus sechs Kommunen im Land, zusammen mit Bürgerinnen und Bürgern aus der Region Grand Est, aus Sachsen, Niederschlesien in Polen sowie den Regionen Ústí und Karlovy Vary in Tschechien haben wir den Menschen zugehört und ihre Ideen aufgenommen. Dies zeigt, dass die Menschen in offenen und auch kritischen Debatten konstruktiv an der europäischen Idee und ihrer Zukunft mitarbeiten wollen. Ich danke deswegen allen Beteiligten für ihre engagierte Mitarbeit. Wir haben die Ergebnisse in dieser Broschüre zusammengestellt. Parallel haben wir sie auf europäischer Ebene in den Zukunftsprozess eingespeist. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Form der Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene zukünftig fortgeführt wird. Denn Baden-Württemberg zeigt, wie eine lebendige Beteiligungskultur unsere Demokratie und unser Zusammenleben bereichern und fortentwickeln kann.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Bosch

Inhalt

Hintergrund	4
Prozessbeschreibung	5
Zentrale inhaltlichen Diskussionen in den Bürgerdialogen und Zentrale institutionelle Forderungen ..	7
Veranstaltungen in Baden-Württemberg zur Konferenz zur Zukunft Europas.....	9
(1) Baden-Württemberg-Dialog.....	9
(2) Deutsch-Französischer-Dialog	10
(3) Ost-West-Dialog	11
(4) Young people's perception.....	16
(5) Should I stay or should I go?.....	17
(6) Young and old shape the future of Europe together	18
(7) Jugend.Donausalon in der Landesvertretung	19
(8) Hey Europa! Wir sind deine Zukunft!	20
(9) Hey Europa! Wir sind deine Zukunft!	20
(10) Digitaler Bürgerdialog zwischen Pforzheim und Győr-Moson-Sopron	21
(11) Gemeinsamer digitaler Bürgerdialog zwischen Pforzheim und Győr-Moson-Sopron	22
(12) Bürgerdialog zur Zukunft Europas in Sindelfingen	23
Institutionelle Anliegen	25
Impressum.....	29

Hintergrund

Die Konferenz zur Zukunft Europas wurde am Europatag, dem 9. Mai 2021, gemeinsam und vom Rat der EU, dem Europäischen Parlament und der Europäischen Kommission gestartet. In einer einjährigen europaweiten Debatte sollen mit den Bürgerinnen und Bürgern neue Antworten auf die Herausforderungen, denen sich Europa gegenüber sieht, gefunden und die Prioritäten der weiteren Entwicklung der EU formuliert werden. Baden-Württemberg hat mit seinem landesweiten Europadialog aus dem Jahr 2018 die Blaupause für die Zukunftskonferenz geliefert.

Für die europäischen Bürgerforen wurde das aus Baden-Württemberg bekannte Zufallsbürgerprinzip übernommen. 800 Bürgerinnen und Bürger aus allen 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union trafen sich – aufgeteilt in vier Themengruppen – jeweils an drei Wochenenden, um ihre Empfehlungen für die Weiterentwicklung der EU zu erarbeiten. Zugleich wurden nach dem Bottom-up-Ansatz auch auf nationaler, transnationaler, regionaler und kommunaler Ebene eine Vielzahl an Bürgerforen und Veranstaltungen durchgeführt. Deren Beiträge konnten über eine Online-Plattform in den Diskussionsprozess auf europäischer Ebene eingespeist werden. Die Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger werden am Ende des Prozesses von der Plenarversammlung der Konferenz zu einem gemeinsamen Beschlussvorschlag zusammengefasst und wiederum am Europatag, dem 9. Mai 2022, der Öffentlichkeit vorgestellt.

Der Plenarversammlung gehören neben den europäischen Institutionen und Vertreterinnen und Vertretern der europäischen Bürgerforen auch Mitglieder der nationalen Parlamente, des Ausschusses der Regionen sowie Verbandsvertreterinnen und -vertreter von Wirtschaft, Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft an.

Prozessbeschreibung

Das Staatsministerium Baden-Württemberg hat eine Reihe von Bürgerdialogen und Veranstaltungen durchgeführt, um sich aktiv an der Konferenz zur Zukunft Europas zu beteiligen. Ziel war es, mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern aus Baden-Württemberg und Partnerregionen ins Gespräch zu kommen und mit ihnen Ideen und Vorschläge für die künftige Ausgestaltung der EU zu entwickeln. Die Vorschläge und Ideen aus den Bürgerdialogen und anderen Veranstaltungen wurden auf der Online-Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas ([https:// futureu.europa.eu](https://futureu.europa.eu)) eingestellt und somit unmittelbar in den Prozess auf europäischer Ebene eingespeist.

Landesweite Bürgerdialoge

In Kooperation mit sechs Kommunen aus Baden-Württemberg (Tauberbischofsheim, Bad Waldsee, Hechingen, Philippsburg, Donaueschingen und Künzelsau) hat das Staatsministerium einen digitalen Bürgerdialog durchgeführt. Eingeladen wurden je 500 Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger aus dem Einwohnermelderegister jeder Kommune. Insgesamt 65 Personen haben am 22./23. Oktober 2021 und am 12./13. November 2021 an diesem Bürgerdialog teilgenommen. Am ersten Wochenende haben die Bürgerinnen und Bürger die für sie wichtigen Themen für die Zukunft der EU benannt und in 5 Arbeitsgruppen erste konkrete Ideen und Handlungsempfehlungen skizziert. Am zweiten Wochenende haben die Teilnehmenden ihre Ideen und Vorschläge in den Arbeitsgruppen mit Unterstützung von externen Fachexperten und Fachexpertinnen weiterentwickelt und anschließend mit der gesamten Gruppe konsolidiert.

Grenzüberschreitender Bürgerdialog zwischen Baden-Württemberg und Grand Est

Im Rahmen des grenzüberschreitenden Dialogs am 19./20. November 2021 wurden Bürgerinnen und Bürger aus den drei Kommunen Iffezheim, Müllheim, Gundelfingen auf baden-württembergischer Seite und den drei Kommunen Sarreguemines, Marckolsheim, Buschwiller aus der Region Grand Est gefragt, wie sie auf Europa und die EU blicken und welche Themen sie dabei bewegen. In Arbeitsgruppen wurden zu unterschiedlichen Themenbereichen konkrete Ideen und Vorschläge entwickelt, die anschließend unter allen Teilnehmenden konsolidiert wurden. Eingeladen wurden aus den Kommunen aus Baden-Württemberg je 500 Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger aus dem Einwohnermelderegister; aus der Region Grand Est wurden Personen aus dem Wählerverzeichnis der drei Kommunen rekrutiert; teilgenommen haben insgesamt 35 Personen. Die Veranstaltung wurde simultan ins Deutsche und Französische übersetzt.

6-Regionen-Dialog

Unter dem Dach und in Kooperation mit dem Ausschuss der Regionen und der Bertelsmann Stiftung hat das Staatsministerium gemeinsam mit dem sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung am 10./11. Dezember 2021 einen Dialog mit den Partnerregionen Grand Est (Frankreich), Dolnoslaskie (Polen) sowie Karlovasy Kraj und Ústecký Kraj (Tschechien) durchgeführt. An diesem Bürgerdialog haben 65 Bürgerinnen und Bürger aus allen genannten Regionen teilgenommen. Die Veranstaltung wurde simultan in Deutsch, Französisch, Polnisch und Tschechisch übersetzt. Die Themen „Klimaschutz und Umwelt“, „Stärkung der Kooperationen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“ sowie „Demokratie und europäische Werte“ waren in den beiden vorangegangenen grenzüberschreitenden Bürgerdialogen der Regionen Baden-Württemberg und Grand Est einerseits sowie der Regionen Sachsen, Niederschlesien, Ústí und Karlovy Vary andererseits Thema und wurden im 6-Regionen-Dialog weiterbearbeitet. Nach einem Rückblick auf die vorangegangenen beiden Bürgerdialoge gab es einen Austausch mit politischen Vertreterinnen und Vertretern einzelner Regionen sowie Fachexpertinnen und Fachexperten. Am

zweiten Tag erarbeiteten die Teilnehmenden zu drei Themengebieten in sechs mehrsprachigen Kleingruppen konkrete Ideen und Handlungsempfehlungen.

Diskussionsreihe für junge Erwachsene aus den Regionen der Vier Motoren für Europa

Darüber hinaus führte das Staatsministerium eine Diskussionsreihe für junge Erwachsene aus den Regionen der „Vier Motoren für Europa“ (Baden-Württemberg, Katalonien, Auvergne-Rhône-Alpes, Lombardei) in Kooperation mit den jeweiligen Europe Direct-Informationszentren (EDIC) durch. Ein Kickoff fand im Juni 2021 statt, bei dem die Themen der Diskussionsrunden identifiziert wurden. Am 10. Oktober 2021 wurden von jungen Menschen aus den vier Partnerregionen in einem gemeinsamen Workshop konkrete Beiträge zu den Themen Digitalisierung und mentale Gesundheit erarbeitet.

Jugend.Donausalon

Vom 27. bis 29. September 2021 und am 15. Oktober 2021 fand der „Jugend.Donausalon“ statt. Ziel der Veranstaltungsreihe war es, die Partizipation von Jugendlichen der Donaustaaten zu fördern und ihre Ideen und Forderungen zur Zukunft Europas zu hören. Dabei wurden auch Jugendliche aus den Nicht-EU-Staaten wie Serbien und der Ukraine miteinbezogen. Bei der Konferenz vom 27. bis 29. September 2021 standen die Perspektiven der Jugendlichen aus Nicht-EU-Staaten der Donauregion und insbesondere deren Beteiligungs- und Kooperationsmöglichkeiten auf europäischer Ebene im Fokus. Zudem wurde die zunehmende Ost-West-Migration diskutiert und es fand ein generationsübergreifender Dialog über Themen wie Klimawandel, Digitalisierung, interregionale zivilgesellschaftliche Kooperation und das kulturelle Erbe statt. Am 15. Oktober 2021 stellten schließlich ausgewählte Jugendliche in Berlin im Rahmen einer Podiumsdiskussion die zentralen Aspekte der vorangegangenen Konferenzen vor. Insgesamt nahmen bei den Online-Konferenzen ca. 260 Personen aus allen 14 Donaustaaten teil. Bei der hybriden Veranstaltung in der Landesvertretung in Berlin waren vor Ort ca. 50 Personen aus 9 Ländern beteiligt.

Weitere Veranstaltungen

Das Staatsministerium führte zur Begleitung der Konferenz zur Zukunft Europas folgende weitere Veranstaltungen durch:

- Digitale „Debriefings nach den Plenartagungen“ mit Plenumsmitgliedern aus Deutschland und Baden-Württemberg
- Veranstaltung zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl vor 70 Jahren und der Unterzeichnung des Vertrags von Nizza vor 20 Jahren am 9. Juli 2021
- Graffiti-Workshop mit Jugendlichen „Wir sind Europa“ am 18./25. September 2021
- Poetry Slam-Seminarreihe mit Schülerinnen und Schülern
- Vorträge und Podiumsdiskussionen; Zuschüsse an Kommunen für Veranstaltungen zur Zukunftskonferenz

Zentrale inhaltlichen Diskussionen in den Bürgerdialogen und Zentrale institutionelle Forderungen

Inhaltliche Diskussionen

- 1. DIE EU IN DER WELT**
Wunsch nach stärkerer Handlungsfähigkeit der EU; Mehr Kompetenz für eine gemeinsame EU-Außenpolitik; Gemeinsame europäische Verteidigungsarmee
- 2. KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ**
Ausbau und Interoperabilität des europäischen Schienennetzes; Mehr Vernetzung im Umwelt- und Klimaschutz zwischen der EU und den Regionen und Kommunen; Europaweites einheitliches Kreislauf- und Recyclingsystem; Nachhaltiges Bauen; Klimaneutrale Mobilität; Mehr Biodiversität in der Landwirtschaft
- 3. TRANSPARENZ UND BETEILIGUNG**
Neue Formen der Bürgerbeteiligung auf europäischer Ebene einführen: Bürgerforen, -beiräte und -entscheide; Einführung einer digitalen Plattform für die Ideen und Vorschläge der Bürgerinnen und Bürger auf europäischer Ebene; Mehr Information, Präsenz und Transparenz der politischen Prozesse auf europäischer Ebene
- 4. STÄRKUNG DER GRENZÜBERSCHREITENDEN ZUSAMMENARBEIT**
Förderung und Entwicklung von Nachbarschaftskompetenz in der EU; Stärkung des kulturellen Austauschs und des Erlernens der Sprachen der Nachbarländer; Mehr Austauschprogramme für junge Menschen zwischen EU- und Nicht-EU-Staaten; Unterstützung von Kleinprojekten in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit; Stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit bei Polizei, Feuerwehr und Gesundheitsschutz
- 5. SCHUTZ DER GEMEINSAMEN WERTE UND RECHTE IN DER EU**
Strikte Einhaltung der Rechtstaatlichkeit; Vermittlung und Austausch über europäische Werte durch niederschwellige Begegnungsformate der Bürgerinnen und Bürger; EU-weite Debatte über gemeinsame Werte und Normen; Mehr kulturelle Teilhabe für vulnerable Gruppen
- 6. WIRTSCHAFT, ARBEIT UND BILDUNG**
Wirtschaftliche Transformationsprozesse in Europa gestalten; Investitionen in nachhaltige Infrastrukturen und Produkte; Entwicklung gemeinsamer europäischer Bildungsstandards, die mehr Austausch ermöglichen; Mehr grenzüberschreitende Sprach- und Bildungsmöglichkeiten; Stärkere Harmonisierung im Bereich der Löhne

Forderungen

- 1. STÄRKUNG DER BÜRGERBETEILIGUNG AUF EUROPÄISCHER EBENE**
Einführung von Bürgerforen mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern aus allen Mitgliedstaaten zu konkreten Fragen auf europäischer Ebene; Beteiligungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene für Bürgerinnen und Bürger ausbauen mit einer europäischen Online-Plattform
- 2. WEITERENTWICKLUNG DER EU-INSTITUTIONEN UND DER EUROPAWAHLEN**
Einführung eines europäischen Wahlrechts mit grenzüberschreitenden Wahlkreisen oder transnationalen Listen; Etablierung eines verbindlichen Spitzenkandidatenprinzips; Weiterentwicklung von Europäischem Parlament und Rat der Europäischen Union zu Legislativorganen und der Kommission zu einem Exekutivorgan; Initiativrecht für das Europäische Parlament

3. BESSERE BETEILIGUNG FÜR DIE PARLAMENTE IN DEN MITGLIEDSTAATEN
Brückenfunktion zu den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort ausbauen; Stärkere Einbindung der nationalen Parlamente mit Verlängerung der Subsidiaritätsfrist; Vorschlagsrecht für europapolitische Initiativen der nationalen Parlamente einführen
4. GRENZÜBERSCHREITENDE ZUSAMMENARBEIT STÄRKEN
Unionsbürgerschaft sichtbar machen und grenzüberschreitende Hürden bei der Freizügigkeit weiter abbauen; Nach dem Brexit neue Formate des Austauschs mit der Zivilgesellschaft mit dem Vereinigten Königreich etablieren; Entwicklung eines stabilen und nachhaltigen Verhältnisses zwischen der EU und der Schweiz; Grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Gesundheitssektor und im Katastrophenschutz ausbauen
5. NEUE AUFGABENVERTEILUNG ZWISCHEN EU, MITGLIEDSSTAATEN UND REGIONEN
Stärkung der EU bei Fragen von europäischer oder globaler Dimension wie bei Außen- und Sicherheit, Klimaschutz, Forschungsförderung und Migration; Einführung von Mehrheitsentscheidungen bei der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und Stärkung des Außenbeauftragten der EU; Einführung neuer EU-Eigenmittel; Mehr Gestaltungsfreiheit für Regionen und Kommunen in ihrer Selbstverwaltung und zur Sicherung der Daseinsvorsorge; Regionen bei europäischer Folgenabschätzung besser einbeziehen

Veranstaltungen in Baden-Württemberg zur Konferenz zur Zukunft Europas

(1) Baden-Württemberg-Dialog

22. – 23.10.2021 und 12. – 13.11.2021, virtuelle Veranstaltung

TEILNEHMERKREIS

Das Staatsministerium hat in Kooperation mit sechs Kommunen aus Baden-Württemberg (Tauberbischofsheim, Bad Waldsee, Hechingen, Philippsburg, Donaueschingen und Künzelsau) einen digitalen Bürgerdialog durchgeführt. Eingeladen wurden je 500 Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger aus dem Einwohnermelderegister jeder Kommune; teilgenommen haben 65 Personen am ersten Wochenende und 50 Personen am zweiten Wochenende.

ABLAUF

Im Rahmen des landesweiten Dialogs wurden Bürgerinnen und Bürger aus sechs Kommunen Baden-Württembergs gefragt, wie sie auf Europa und die EU schauen und welche Themen sie bewegen, wenn es um die Zukunft Europas geht. Am ersten Wochenende haben die Bürgerinnen und Bürger die für sie wichtigen Themen für die Zukunft der EU benannt und in 5 Arbeitsgruppen erste konkrete Ideen und Handlungsempfehlungen in thematischen Arbeitsgruppen skizziert. Am zweiten Wochenende haben die Teilnehmenden ihre Ideen und Vorschläge in den Arbeitsgruppen mit Unterstützung von externen Fachexperten und Fachexpertinnen weiterentwickelt und anschließend mit der gesamten Gruppe konsolidiert. Nach den Veranstaltungen wurden die Vorschläge aus dem Bürgerdialog auf der Online-Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas (<https://futureu.europa.eu>) eingereicht.

ERGEBNISSE

ARBEITSGRUPPE „KLIMASCHUTZ UND RESSOURCENEFFIZIENZ – SCHWERPUNKT VERKEHR“

- Ausbau und Vereinheitlichung des Schienennetzes: Umsetzung von Klimaneutralität (Reduktion von CO₂ und Feinstaubemission) im Güter- und Personenverkehr bis spätestens in 10 Jahren
- Alternatives Mobilitätsangebot: Regionsübergreifender ÖPNV als ernstzunehmendes Mobilitätsangebot ausgestalten bis spätestens in 10 Jahren
- Klimaneutrale Mobilität im ländlichen Raum fördern bis spätestens in 10 Jahren

ARBEITSGRUPPE „POSITIONIERUNG DER EU IN DER WELTPOLITIK“

- Gemeinsame europäische Verteidigungsarmee
- Europas Außenpolitik mit gemeinsamen Werten & Verlagerung der außenpolitischen Kompetenz auf die EU-Ebene

ARBEITSGRUPPE „INFORMATION, TRANSPARENZ UND BETEILIGUNG“

- Weiterentwicklung Demokratie: mehr direkte Demokratie in Form von Bürgerbeteiligung
- Mehr Information, Präsenz und Transparenz
- Mehr Angleichung der Lebensverhältnisse

ARBEITSGRUPPE „STÄRKUNG DES WERTE-KANONS – EUROPA DES RESPEKTS“

- Stärkung des Wertekanons & Vermittlung von Werten
- Mehr „Eigenwerbung“ für Europa

ARBEITSGRUPPE „SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT“

- Produktion in Europa halten
- Transformation vorantreiben: Vereinheitlichungen von Rahmenbedingungen für die Wirtschaft Europas und Transformationsprozess
- Stärkung der arbeitsmarktorientierenden Themen in der schulischen Bildung

(2) Deutsch-Französischer-Dialog

19. – 20.11.2021, virtuelle Veranstaltung

TEILNEHMERKREIS

Das Staatsministerium hat in Kooperation mit drei Kommunen aus Baden-Württemberg (Iffezheim, Müllheim, Gundelfingen) und drei Kommunen aus Grand Est (Sarreguemines, Marckolsheim, Buschwiller) einen digitalen Bürgerdialog durchgeführt. Eingeladen wurden von den Kommunen aus Baden-Württemberg je 500 Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger aus dem Einwohnermelderegister; aus der Region Grand Est wurden Personen aus dem Wählerverzeichnis der drei Kommunen rekrutiert; teilgenommen haben insgesamt 35 Personen.

ABLAUF

Die Veranstaltung wurde simultan in Deutsch und Französisch übersetzt. Im Rahmen des grenzüberschreitenden Dialogs wurden Bürgerinnen und Bürger aus drei Kommunen Baden-Württembergs und drei Kommunen aus der Region Grand Est gefragt, wie sie auf Europa und die EU schauen und welche Themen sie bewegen, wenn es um die Zukunft Europas geht. Die Bürgerinnen und Bürger haben die für sie wichtigen Themen für die Zukunft der EU benannt und in einem ersten Arbeitsschritt in 5 Arbeitsgruppen konkrete Ideen und Handlungsempfehlungen in thematischen Arbeitsgruppen skizziert. In einem zweiten Schritt haben die Teilnehmenden ihre Ideen und Vorschläge in den Arbeitsgruppen weiterentwickelt und anschließend mit der gesamten Gruppe konsolidiert. Nach der Veranstaltung wurden die Vorschläge aus dem Bürgerdialog auf der Online-Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas (<https://futureu.europa.eu>) eingereicht.

ERGEBNISSE

ARBEITSGRUPPE „DEMOKRATIE IN EUROPA“

- Mitreden und Mitgestalten, mehr Bürgerentscheide, Bürgerbeiräte
- Debattenkultur: Formate des Meinungs austausches, geregelter Umgang mit digitalen Plattformen
- Transparenz der EU-Politik, mehr Präsenz der EU-Politik in den Medien
- Proaktive Rolle der EU und Transparenz der Mitgliedstaaten: schnellere Entscheidungswege, vorausschauendes Handeln fördern

ARBEITSGRUPPE „KLIMAWANDEL UND UMWELT“

- Klimaneutralität in der EU: Vereinheitlichung der Ziele zwischen den Mitgliedstaaten und den Politiksektoren
- Kreislaufwirtschaft EU-weit entwickeln: europäisches Recyclingsystem, Recyclbarkeit von Produkten als Vorgabe in der EU
- Stärkung des Bahnverkehrs in der EU (für Personen und Güter)
- Nachhaltiges Bauen vorantreiben: europäische Normen für Neubauten, Angebot von regionalen Baustoffen stärken
- Kleinbäuerliche Landwirtschaft stärken: Biodiversitätsfördernde Landwirtschaft vorantreiben, Anpassung der Subventionen der Landwirtschaft

ARBEITSGRUPPE „BILDUNG, KULTUR, JUGEND UND SPORT“

- Lehrpläne der Schulen anpassen: Stärkung des sprachlichen Austausches, mehr Harmonisierung der Bildungsstandards
- Verbesserung der Kommunikation: mehr Wissen über Bildungsangebote
- Rolle von Kultur und Sport stärken: Harmonisierung des Vereinsrechts in der EU, Städtepartnerschaften stärken

ARBEITSGRUPPE „WERTE UND RECHTE, RECHTSTAATLICHKEIT, SICHERHEIT“

- Zusammenleben in der EU: mehr Austausche in allen Altersgruppen, niederschwellige Begegnungsmöglichkeiten
- Werte für das Zusammenleben stärken: EU-weite Debatte über Werte und Grundlagen für gegenseitigen Respekt; Dialogformate zum Zuhören
- Rechtstaatlichkeit stärken: Gemeinsames Verständnis von Rechtsstaatlichkeit (weiter) entwickeln, Einstimmigkeitsprinzip darf Sanktionen nicht verhindern
- Grenzen in der EU: Verstärkung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Polizei, stichprobenartige Kontrollen zur Kriminalitätsbekämpfung als Option beibehalten

ARBEITSGRUPPE „WIRTSCHAFT, SOZIALE GERECHTIGKEIT, BESCHÄFTIGUNG, DIGITALISIERUNG“

- Harmonisierung von Löhnen
- Investition in nachhaltige und qualitative Infrastruktur/ Produkte
- Förderung ÖPNV
- Bewusstseinsbildung bei Konsumenten/innen/ Unternehmen fördern
- Transparenz von Lobby-Interessen
- Nachhaltige Digitalisierung gestalten

(3) Ost-West-Dialog

10. – 11.12.2021, virtuelle Veranstaltung

TEILNEHMERKREIS

Das Staatsministerium hat in Kooperation mit dem sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung, der Region Grand Est, der Region Dolnoslaskie, der

Euroregion Elbe/Labe und EUREGIO EGRENSIS/EUROPE DIRECT Vogtland einen digitalen 6-Regionen-Dialog durchgeführt. An diesem Bürgerdialog haben 65 Bürgerinnen und Bürger aus Baden-Württemberg, aus Sachsen, der Region Grand-Est, der Region Dolnoslaskie (Polen) und den beiden Regionen Karlovasy Kraj und Ústecký Kraj (Tschechien) teilgenommen.

ABLAUF

Für diesen Dialog hat das Staatsministerium den Zuschlag des Ausschusses der Regionen erhalten; die Bertelsmann Stiftung übernahm die konzeptionelle Entwicklung und die Moderation der Veranstaltung. Die Veranstaltung wurde simultan in Deutsch, Französisch, Polnisch und Tschechisch übersetzt. Die Veranstaltung war die 2. Stufe des zweistufigen Konzepts. In der 1. Stufe haben am 19./20.11.2021 Bürgerinnen und Bürger aus drei Kommunen aus Baden-Württemberg und aus drei Kommunen aus der Region Grand Est in einem grenzüberschreitenden Bürgerdialog Ideen und Vorschläge für die Zukunft Europas entwickelt. Am 27.11.2021 haben Bürgerinnen und Bürger aus Sachsen, Niederschlesien sowie den Regionen Ústí und Karlovy Vary in Tschechien Ideen für die Zukunft Europas entwickelt.

Die Themen „Klimaschutz und Umwelt“, „Stärkung der Kooperationen in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit“ und „Demokratie und europäische Werte“ waren in beiden vorgegangenen Bürgerdialogen Thema und wurden daher im 6-Regionen-Dialog weiterbearbeitet. Die Bürgerinnen und Bürger haben sich über ihre Erfahrungen im Zusammenleben in den Grenzregionen ausgetauscht. Nach einem Rückblick auf die vorangegangenen beiden Bürgerdialogen gab es einen Austausch mit politischen Vertreter einzelner Regionen sowie Fachexpertinnen und Fachexperten. Am zweiten Tag erarbeiteten die Teilnehmenden zu drei Themengebieten in sechs mehrsprachigen Kleingruppen konkrete Ideen und Handlungsempfehlungen. Nach den Veranstaltungen wurden die Vorschläge aus dem Bürgerdialog auf der Online-Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas (<https://futureu.europa.eu>) eingereicht.

ERGEBNISSE

ARBEITSGRUPPE „KLIMASCHUTZ UND UMWELT“

- Stärkung und Vernetzung der regionalen Ebene im Bereich Klima- und Umweltschutz
- Vernetzung der regionalen Ebenen über die Abgeordneten aus verschiedenen Ländern
- Stärkung von Zwischenebenen wie Vereine, Verbände, Stiftungen oder Organisationen für Aktivitäten im Klima- und Umweltbereichen
- mehr Einbindung der regionalen Ebene in Entscheidungsprozesse bei Klima- und Umweltpolitik
- mehr Bürgerbeteiligung auf regionaler Ebene zu Klima- und Umweltschutz.
- mehr Vernetzungsangebote für grenzüberschreitende Begegnungen und Austausch zu Klima- und Umweltfragen
- mehr konkrete und niederschwellige Angebote: Wanderungen, Jahrestreffen mit Bürgermeister für Fragen der Bürger, Autoverbot an einem bestimmten Tag
- mehr voneinander lernen, z. B. Einführung von Umweltzonen in den Kommunen zur Luftverbesserung, weniger Bürokratie, mehr Bildung zur Wissensvermittlung zu Umwelt- und Klimaschutz
- mehr Einbindung der lokalen Ebene für mehr Verbindlichkeit in den Entscheidungsprozessen
- Förderung der lokalen Wirtschaftsförderung

Europaweites Programm für klima- und umweltbewusstes Verhalten auflegen

- Es braucht ein europaweites Programm für klima- und umweltfreundliches Verhalten und für die Bewusstseinsbildung in der Öffentlichkeit.
- Es müssen Bildungsmaßnahmen in Schulen (z.B. durch ein Schulfach), in Kitas und in öffentlichen Bildungseinrichtungen gefördert werden, um Aufklärung, Bewusstseinsbildung und Wissen zu vermitteln.
- Es braucht eine europaweite öffentliche Kampagne/Bündnis von Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Politik zur Stärkung von klima- und umweltfreundlichem Verhalten (Werbekampagne in Text, Schrift, Online, Digital etc. zur Aktivierung der Öffentlichkeit).
- Die Finanzierung sollte durch die Verteuerung von klimaschädlichem Verhalten und Vergünstigung von klimafreundlichem Verhalten erfolgen, z. B. Bahnpreise müssen sinken.
- Soziale Folgekosten müssen abgedeckt werden: es braucht eine finanzielle Stärkung sozial schwacher Gruppen sowie eine direkte Kommunikation mit ihnen, um ihre Ängste und Sorgen aufzunehmen und über die Notwendigkeit aufzuklären.
- Der Zivilgesellschaft muss der Raum gegeben werden, um sich aktiv einzubringen, Projekte dezentral aufzubauen und vor Ort mitzuwirken. Es braucht eine aktive Förderung einer Dialog- und Beteiligungskultur.

Europaweites einheitliches Kreislauf- und Recyclingsystem aufbauen

- Aufbau eines europaweiten einheitlichen Pfandsystems und einer Kreislaufwirtschaft
- Für die Genehmigung von Produkten ist es verpflichtend, dass sie langlebig, verwendbar oder recycelbar und durch Trennbarkeit der Komponenten wiederverwertbar sind. Diese Informationen müssen bei den Produkten transparent ersichtlich sein.
- Zudem sollten nur Produkte genehmigt werden, die möglichst wenig Abfall produzieren und reparierbar sind.
- Durch ein einheitliches System sollen europaweite Abfalltransporte vermieden werden. Zusätzlich braucht es ein Exportverbot für Abfälle, die nicht nach europäischen Standards recycelt werden können. Gleichzeitig muss es ein Importstopp für Produkte geben, die oben genannte Kriterien nicht erfüllen.
- Der Rohstoffabbau muss verteuert werden, um Recycling attraktiv zu machen, z. B. über einen Preis auf natürliche Rohstoffe.
- Das Recycling- und Kreislaufsystem muss für Bürger kostenlos sein.

ARBEITSGRUPPE „STÄRKUNG DER KOOPERATIONEN IN DER GRENZÜBERSCHREITENDEN ZUSAMMENARBEIT“

Gezielte Förderung und Entwicklung von Nachbarschaftskompetenz

Unzureichende Kenntnisse über die Geschichte der Nachbarländer, unterschiedliche Sensibilitätsniveaus in bestimmten Gebieten und Sprachbarrieren wurden als einige der Probleme genannt, die verhindern, dass die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ihr volles Potenzial entfaltet. Internationale Aktivitäten scheinen sich in der akademischen Welt zu häufen, aber es gibt nicht genügend Maßnahmen in ländlichen, städtischen und vorstädtischen Gebieten. Da die Zusammenarbeit zwischen Regionen ein komplexes Thema ist, waren sich die Teilnehmer dieses Dialogs einig, dass eine gezielte Förderung und Entwicklung von Nachbarschaftskompetenzen auf vielen Ebenen notwendig ist. Dies würde beinhalten:

1. Die Unterstützung oder Schaffung von Botschaftern der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in einer Gemeinde/ Stadt/Region. Diese Personen wären für die Umsetzung von grenzüberschreitenden Projekten zuständig und unterstützen die Gemeinden bei der

- Gestaltung der internationalen Zusammenarbeit. Dies würde die Organisation von grenzüberschreitenden Festen, Veranstaltungen und Workshops beinhalten.
2. Unterstützung der PL-CZ-DE TV-Kooperation – Schaffung eines Senders, der sich auf die Förderung von Kooperationen, Projekten und grenzüberschreitenden Veranstaltungen konzentriert.
 3. Schaffung eines Budgets für die Regionen: Mittel für die Durchführung von grenzüberschreitenden Aktivitäten und die Finanzierung der in Punkt 1 genannten Aktivitäten
 4. Zusammenarbeit im Bereich des Tourismus – gemeinsames Tourismusmarketing, gemeinsame Kommunikation, gemeinsame Ausbildung von Mitarbeitern.
 5. Förderung der Möglichkeit, Museen in den Sprachen der Grenzregionen zu besuchen.
 6. Unterstützung von Sprachkursen an der Universität, die das Erlernen der Nachbarsprachen ermöglichen.
 7. Entwicklung von PR-Projekten sollten gut beworben werden, Marketingmöglichkeiten sollten durch den Einsatz von IG, FB, Website, LinkedIn entwickelt werden.

Unterstützung von Aktivisten und lokalen Akteuren bei der Projektdurchführung von grenzüberschreitenden Projekten

Die Arbeitsgruppe sah ein Problem in der überwältigenden finanziellen Belastung und Bürokratie bei der Entwicklung internationaler oder grenzüberschreitender Projekte. Außerdem gehen die Auswirkungen solcher Projekte oft verloren oder werden nach einiger Zeit vergessen. Aktivisten und lokale Akteure, wie z. B. Gemeinden, sollten mehr Unterstützung von nationalen und EU-Gruppen erhalten. Dazu würde gehören, die Finanzierung klarer und zugänglicher zu machen und eine grenzüberschreitende Projektbank einzurichten – eine Fonds-/Projektbank/Datenbank mit grenzüberschreitenden Materialien und Veröffentlichungen, die allen zur Verfügung stehen wird. Sie würde dazu beitragen, den Überblick über die laufenden Aktivitäten zu behalten und auch die Umsetzung der Ergebnisse der einzelnen Projekte zu überwachen.

Harmonisierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit im Blaulichtbereich

Rettungsdienste und Katastrophenschutzzüge dürfen bis heute in einigen Regionen nicht einfach die Grenze überqueren. Patienten müssen teilweise an der Grenze in den Rettungswagen des Nachbarlandes umgeladen werden. Um die Situation im Blaulichtbereich grenzüberschreitend zu verbessern, braucht es regelmäßige und gemeinsame, grenzüberschreitende Übungen der Blaulichtorganisationen. Es gibt Regionen, in denen diese Zusammenarbeit schon gut funktioniert, in anderen stagniert sie. Daher sollte die Europäische Kommission eine EU-weite Studie zur grenzüberschreitenden Zusammenarbeit der Blaulichtorganisationen durchführen. Aufbauend darauf sollte dann ein Maßnahmenplan erstellt werden, der die Zusammenarbeit der Blaulichtorganisationen europaweit vereinheitlicht. Ziele dieses Maßnahmenplanes sollten mindestens die Harmonisierung des Meldewesens in den grenzüberschreitenden Regionen, regelmäßige gemeinsame Übungen der Blaulicht-Organisationen und die Bereitstellung zweisprachiger ärztlicher Formulare sein. Darüber hinaus sollte die Europäische Kommission Mittel zur Verfügung stellen, mit denen unbürokratisch Zuschüsse zum Lernen der Nachbarsprache in den Grenzregionen für Rettungssanitäter, Brandschützer, Ärzte, Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung gestellt werden.

Stärkung der Nachbarsprachen durch die EU

Sprache ist das herausragende Medium, um Menschen zusammenzubringen. Zu wenige Bürgerinnen und Bürger sprechen die Sprache ihrer direkten Nachbarn, denn der Fokus liegt oft auf Englisch. Das

liegt zum Teil an der politischen und finanziellen Förderung, zum Teil aber auch an der Motivation der Bürgerinnen und Bürger. Die Europäische Kommission sollte daher die Nachbarsprachen mehr in den Vordergrund stellen und Projekte zum Erlernen der Nachbarsprache für alle Altersgruppen fördern. Die bi- oder trilingualen Beschilderungen in den Grenzregionen sollte verstärkt werden, damit die Mehrsprachigkeit einer Region immer sichtbar ist. Die Europäische Kommission sollte einen EU-Wettbewerb zur Förderung der Nachbarsprache (Austausch zwischen den Regionen) initiieren und die Finanzierung bereitstellen. Darüber hinaus sollte es zukünftig möglich sein, dass Menschen in Grenzregionen auch die Schule des Nachbarlandes besuchen dürfen. Außerdem sollte es einen regelmäßigen Austausch zwischen Lehrkräften aus Grenzregionen sowie Erzieherinnen und Erziehern geben. Auch Senioren-Cafés sind eine gute Idee, um das Erlernen der Nachbarsprache zu fördern.

ARBEITSGRUPPE „DEMOKRATIE UND EUROPÄISCHE WERTE“

Gegenseitiges Gefühl der Zugehörigkeit zu einer europäischen Gemeinschaft, Respekt für Gleichgesinnte, besseres Verständnis von unseren Nachbarn

Dies kann durch den Schutz und die Stärkung unserer gemeinsamen Geschichte erreicht werden, aber auch durch ein besseres Verständnis der verschiedenen Geschichten, die die heutige Vielfalt und den kulturellen Reichtum in Europa ausmachen. Ein Vorschlag ist die bessere Unterstützung der Arbeit der Beobachtungsstelle des Europarats für das Lernen von Geschichte, an der derzeit mehrere EU-Mitgliedstaaten nicht beteiligt sind. Die Experten dieser Beobachtungsstelle können der EU und ihren Mitgliedstaaten dabei helfen, pädagogische Instrumente vorzuschlagen, um das Lernen der europäischen Geschichte in den Schulen zu verbessern und zu stärken. Wie können die Rollen der lokalen Demokratie und die lokalen Entscheidungsbefugnisse in Europa gestärkt und die unterschiedlichen Rollen der Entscheidungsträger besser geklärt werden? Wir haben die Idee, eine europäische Plattform einzurichten, die es den Bürgerinnen und Bürgern ermöglicht, Ideen und Initiativen/Meinungen vorzuschlagen, die dann von den Entscheidungsträgern auf europäischer Ebene diskutiert werden, wobei die Bürgerinnen und Bürger eine konkrete Rückmeldung erhalten, ob die Idee umgesetzt werden kann oder nicht. Eine Idee sollte auf europäischer Ebene zur Diskussion gestellt werden, sobald sie eine bestimmte Anzahl von Stimmen zu ihren Gunsten erhält (z.B. 500.000 Stimmen?). Diese Plattform sollte von den nationalen und lokalen Entscheidungsträgern aktiv an die Bürgerinnen und Bürger kommuniziert werden, damit sie wissen, dass sie diese Möglichkeit haben.

Organisationen von Gesprächsformaten/ Gesprächskampagnen über Werte und Demokratie

Es sollten mehr Gesprächsformate und Gesprächskampagnen in der EU organisiert werden, bei denen konkret über Demokratie und Werte gesprochen werden kann. Dabei sollten vor allem schon existierenden Strukturen vor Ort wie bspw. kommunale Gremien genutzt werden. Auch Gesprächsformate zwischen kommunalen und europäischen Politikern unter Einbindung von Bürgern wären denkbar. Es sollten digitale Formate für europaweite Bürgerdialoge mit Zufallsbürgern stärker ausgebaut werden. Ebenfalls sollte es zielgruppenspezifische Gesprächsrunden (bspw. für Jugendliche) geben. Eine Idee wäre zudem, dass man beim Fremdsprachunterricht in der Schule stärker auch über Demokratie und europäische Werte spricht. Des Weiteren bietet es sich an, verschiedene Verbände, Kultureinrichtungen und Volkshochschulen in europäische Gesprächsformate einzubinden. Schaffung einer subsidiären Plattform für den Austausch und die Vernetzung von Vereinen Für den besseren Austausch und die bessere Vernetzung von Vereinen und Organisationen, die in der Europaarbeit aktiv sind, sollte eine Plattform geschaffen werden. Die Plattform sollte wie eine Landkarte der EU funktionieren, bei der man einen schnellen und

umfassenden Überblick über entsprechende Vereine bekommt. Die Plattform sollte subsidiär „von unten nach oben“ aufgebaut sein, damit sich bspw. auch Vereine und Organisationen in einer Stadt vernetzen und austauschen können. Evtl. würde es sich anbieten die aktuelle Online-Plattform der Konferenz zur Zukunft Europas für so eine Plattform weiterzuentwickeln und auszubauen.

(4) Young people's perception

from Non-EU Member States in the Danube Region – differences, similarities, chances (Danube.Youthsalon)

27.09.2021, virtuelle Veranstaltung

TEILNEHMERKREIS

Etwa 30 junge Menschen aus Moldawien, Serbien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro und der Ukraine beteiligten sich an der Veranstaltung. Die Mehrheit der Teilnehmenden war zwischen 18 und 25 Jahre alt.

ABLAUF

Die Veranstaltung bildete den Beginn einer dreiteiligen Konferenzserie, deren Ergebnisse anschließend am 15.10.2021 bei einer Podiumsdiskussion Staatssekretär Florian Hassler und Normunds Popens, stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion Regio bei der Europäischen Kommission, vorgestellt wurden. Die Konferenz wurde vom Staatsministerium gemeinsam mit dem „Danube Youth Network“ und der Agapedia Stiftung organisiert. Thema der Veranstaltung war die Situation junger Menschen aus Nicht-EU-Staaten, insbesondere deren Beteiligungs- und Kooperationsmöglichkeiten auf europäischer Ebene. Dabei wurde u.a. über Bildungschancen, Mobilität und den Arbeitsmarkt diskutiert. Ziel war es, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Nicht-EU-Staaten eine Plattform zu bieten, um gleichberechtigt über ihre Vorstellungen zur Zukunft Europas zu sprechen. Nach einer von mehreren Übersetzenden begleiteten Einführung auf Englisch, wurden die jungen Erwachsene nach ihrer jeweiligen Muttersprache in Break-Out-Sessions aufgeteilt und diskutierten spezifische Problematiken ihrer Heimatländer in Bezug auf die Zukunft Europas.

ERGEBNISSE

Viele der europäischen Nicht-EU-Staaten weisen ähnliche Charakteristika und Problematiken auf, die von den Jugendlichen als Bereiche benannt wurden, in denen sie sich Verbesserungen wünschen.

- Es besteht der Wunsch nach mehr Netzwerkmöglichkeiten und kulturellem Austausch für junge Menschen aus Nicht-EU-Staaten, z.B. durch engere Verbindungen zu EU-Staaten und akademischen Institutionen. Austauschprogramme sollten nicht exklusiv für Menschen aus der EU vorgesehen sein, sondern Nicht-EU-Staaten miteinbinden. Auch bürokratische Hürden, beispielsweise bei der Visa-Beantragung sollten für Menschen aus den EU-Nachbarstaaten, welche nicht Mitglied der Europäischen Union sind, reduziert werden. Gesetze sollten an junge Menschen und deren Bedürfnisse angepasst werden.
- Es sollte eine bessere Kommunikation und eine stärkere Kooperation zwischen der Europäischen Union und Nicht-EU-Staaten geben, besonders im Hinblick auf junge Menschen. Oftmals werden EU Programme, besonders diejenigen, die auch für eine Teilnahme von Menschen aus Nicht-EU-Staaten offen sind, nicht breitflächig und ausreichend bekannt gemacht.

- Die Europäische Union sollte Nicht-EU-Staaten zum Klimaschutz anregen und zu einem vermehrten Bewusstsein für die Konsequenzen des Klimawandels, in der Politik und in den Gesellschaften, beitragen. Umweltschutz ist ein globales Problem und muss gemeinsam angegangen werden.

(5) Should I stay or should I go?

Perspectives for the younger generation in the Danube Region (Youth.Danubialon)

28.09.2021, virtuelle Veranstaltung

TEILNEHMERKREIS

Die Konferenz wurde auf Deutsch abgehalten, da die Mehrheit der Teilnehmenden Schüler und Schülerinnen aus deutschen Schulen im Ausland waren. Ungefähr 95 Jugendliche aus nahezu allen Donaustaaten beteiligten sich.

ABLAUF

Die Veranstaltung stellte den zweiten Teil einer dreiteiligen Konferenzserie dar, deren Ergebnisse anschließend am 15.10.2021 bei einer Podiumsdiskussion Staatssekretär Florian Hassler und Herrn Normunds Pops, stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion Regio bei der Europäischen Kommission, vorgestellt wurden. Die Konferenz wurde vom Staatsministerium in Zusammenarbeit mit dem Donaübüro Ulm und der Kulturbeauftragten für den Donauraum organisiert. Zentraler Punkt der Konferenz war die zunehmende Ost-West-Migration junger Menschen, welche oftmals von ihren Familien dazu ermutigt werden, im Ausland bessere Bildungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu finden. Die Jugendlichen sprachen über die Situation in ihren Heimatländern und damit verbundenen Themen wie Bildung, Gesundheitssysteme und den Arbeitsmarkt. Anschließend wurden die Konsequenzen einer verstärkten Migration von Ost- nach Westeuropa für die Ursprungsländer selbst, und für Europa und die Europäische Union analysiert. Nach einer Einführung und dem Erfahrungsbericht einer jungen Frau, welche von Bosnien nach Österreich emigriert war, wurden die Teilnehmenden in Break-Out-Sessions eingeteilt und diskutierten über diverse mit Migration in Verbindung stehende Themen.

ERGEBNISSE

- Die Interaktion zwischen jungen Menschen und der Politik sollten durch Austauschprogramme, Jugendcamps, Veranstaltungen, etc. verbessert werden. Außerdem sollte es mehr Transparenz, z.B. über die von der Politik verwendeten Gelder geben. Junge Menschen möchten gehört werden. Sie brauchen Möglichkeiten, an Entscheidungsprozessen teilzuhaben. Politiker und die Zivilgesellschaft müssen zusammenarbeiten, um die heutigen Herausforderungen anzugehen.
- Es besteht ein großes Bedürfnis, eine stärkere Gemeinschaft zwischen EU und Nicht-EU-Staaten aufzubauen. Es muss mehr Möglichkeiten und Programme für Migration als eine zeitlich begrenzte Erfahrung geben. Hierbei müssen auch Menschen aus Nicht-EU-Staaten mit einbezogen werden, welche die neuen Erfahrungen und das erlernte Wissen später in ihren Heimatländern nutzen können. ERASMUS reicht folglich nicht aus und muss entsprechend ergänzt und erweitert werden.
- Es besteht der Wunsch nach einem europäischen Bildungsstandard und damit verbunden mehr Möglichkeiten für interkulturelle Begegnungen und Austausch.
- Minderheiten in Europa werden oftmals nicht gleichwertig wie Mehrheiten behandelt. In vielen Fällen weicht die Realität von der Theorie ab, z.B. im Bereich Menschenrechte,

Gleichheit, sexuelle Selbstbestimmung, etc. Es werden mehr Maßnahmen zum Schutz dieser Rechte gewünscht.

(6) Young and old shape the future of Europe together

(Youth.Danubialon)

29.09.2021, virtuelle Veranstaltung

TEILNEHMERKREIS

Ungefähr 150 Personen aus 13 Donaustaaten in einer Alterspanne von 10 – 80 Jahren nahmen an der Online-Veranstaltung teil. Ca. 80 Teilnehmende waren jünger als 25 Jahre. Leitsprache der Konferenz war Englisch, es wurden jedoch Übersetzungen in verschiedene Sprachen v.a. auch in den Arbeitsgruppen angeboten.

ABLAUF

Die Veranstaltung stellte den letzten Teil einer dreiteiligen Konferenzserie dar, deren Ergebnisse anschließend am 15.10.2021 bei einer Podiumsdiskussion Staatssekretär Florian Hassler und Herrn Normunds Popens, stellvertretender Generaldirektor der Generaldirektion Regio bei der Europäischen Kommission, vorgestellt wurden. Die Konferenz wurde vom Staatsministerium gemeinsam mit dem Institut für virtuelles und reales Lernen in der Erwachsenenbildung an der Universität Ulm e.V. (ILEU) und der Vereinigung „Danube Networkers e. V.“ organisiert.

Der Schwerpunkt der Veranstaltung lag auf dem intergenerationellen und internationalen Dialog zu diversen Themen, welche die Zukunft des Donauraums, insbesondere mit Hinblick auf Europas betreffen. Themen der Diskussionen waren z.B. Klimawandel und Umweltschutz, Digitalisierung, das kulturelle Erbe der Donaustaaten und Demographischer Wandel. Ziel des Events war es, sowohl internationalen als auch intergenerationellen Austausch und Kooperation zu fördern, da die Einbeziehung der Perspektiven von Menschen aller Generationen und Regionen notwendig ist, um die Herausforderungen für Europa in der Zukunft meistern zu können. Vor der abschließenden Diskussion und Vorstellung der Ergebnisse, wurden die Teilnehmenden nach den oben erwähnten Themenbereichen in Kleingruppen aufgeteilt, um gemeinsam Ergebnisse zu erarbeiten.

ERGEBNISSE

- Durch die Abwanderung von Fachkräften von Ost- nach Westeuropa, kommt es in den Heimatländern zu Instabilität und einer Alterung der Gesellschaft. Es gibt u.a. einen Mangel an Kranken- und Altenpflegepersonal. Außerdem ist die Sterberate oftmals höher als die Geburtenrate; in Ländern wie Rumänien werden mehr rumänische Kinder außerhalb als innerhalb des nationalen Territoriums geboren.
- Der Zugang zu Kulturangeboten variiert je nach Herkunft eines Menschen. Es bestehen große Unterschiede zwischen West- und Osteuropa, Stadt und Land und den sozialen Zugehörigkeiten. Vulnerable Gruppen wie Minderheiten haben nicht dieselben Möglichkeiten, an Kulturangeboten teilzuhaben. Durch Maßnahmen wie kulturelle Austauschprogramme für Institutionen, NGO's, Fachpersonal, Studierende und Schüler, könnte ein breiterer Zugang zu Kultur hergestellt werden.
- Es muss für Sicherheit im Internet, besonders für Kinder und Jugendliche, gesorgt werden, da es immer mehr als wichtiger Raum für Bildung und Austausch fungiert. Um grenzüberschreitenden Austausch in der Zivilgesellschaft zu fördern, sollten mehr nicht-

kommerzialisierte Plattformen zur Verfügung stehen, über die sich Angehörige der Zivilgesellschaft in verschiedenen Bereichen vernetzen können.

- Es muss mehr gegen das fehlende Bewusstsein für Umweltprobleme unternommen werden. Bildung spielt eine besonders wichtige Rolle in diesem Prozess.
- Junge Menschen haben viele Ideen für eine erfolgreiche und faire Zukunft Europas. Oftmals finden sie jedoch kein Gehör. Es sollte mehr Partizipationsmöglichkeiten auf politischer Ebene für Jugendliche geben, z.B. indem das Wahlalter herabgesetzt wird.

(7) Jugend.Donausalon in der Landesvertretung

Berlin 15.10.2021, Hybride Veranstaltung

TEILNEHMERKREIS

52 Bürgerinnen und Bürger aus nahezu allen Donaustaaten nahmen an der Veranstaltung teil. Aufgrund des Fokus auf der Jugend, gehörten die meisten von ihnen eher der jüngeren Generation an. Vor dem Hintergrund der dritten Online-Konferenz mit intergenerationellem Schwerpunkt, repräsentierten auch zwei Damen die ältere Generation. Aufgrund der Reisebeschränkungen zur Pandemieeindämmung, konnten leider einige der vortragenden Personen nicht nach Berlin reisen und nahmen daher online am Event teil. 45 Personen waren in Berlin vor Ort; sechs junge Menschen und die beiden beteiligten offiziellen Vertreter aus Politik und Verwaltung beteiligten sich online. Alle Teilnehmende wurden aufgrund einer herausragenden Beteiligung während der drei Online-Konferenzen im September ausgewählt. Vier Botschafterinnen und Botschafter aus Donaustaaten konnten in Berlin als Zuschauer willkommen geheißen werden: Frau Elana Radkova Shekerletova aus Bulgarien, Herr Gordan Bakota aus Kroatien, Frau Dr. Snežana Janković aus Serbien und Herr Franc But aus Slowenien. Außerdem verfolgten ca. 120 Menschen den Livestream der Veranstaltung, welcher auf Deutsch und auf Englisch verfügbar war.

ABLAUF

Am 15. Oktober 2021 fand die zentrale Veranstaltung des Jugend.Donausalons als hybride Veranstaltung statt, der drei Online-Konferenzen im September vorausgegangen waren. Der Präsenzteil wurde in der Landesvertretung von Baden-Württemberg in Berlin abgehalten. Während einer Podiumsdiskussion wurden die in den vorhergehenden Online-Konferenzen entwickelten Aspekte dem baden-württembergischen Staatssekretär Florian Hassler und dem stellvertretenden Generaldirektor der Europäischen Kommission, Normunds Popen, vorgestellt. Die Themen waren:

- Europa aus Sicht von Jugendlichen aus Nicht-EU-Staaten und deren Ideen und Forderungen für die Zukunft der Union,
- die zunehmende Ost-West Migration und ihre Konsequenzen für Europa
- und der intergenerationelle Dialog zu diversen Herausforderungen für die Zukunft Europas wie z.B. Klimaschutz und Digitalisierung.

Die Podiumsdiskussion begann direkt nach einer kurzen Einführung durch die Moderatorin und einem Grußwort durch Herrn Staatssekretär Hassler. Die Teilnehmenden hatten bereits im Voraus die zentralen Aspekte der vorhergehenden Online-Konferenzen ausgearbeitet und präsentierten diese. Es gab eine Gruppe pro Konferenz; jede der Gruppen hatte insgesamt zehn Minuten, um ihre Forderungen vorzustellen. Anschließend konnten Herr Hassler und Herr Popen direkt auf die Vorstellungen reagieren.

ERGEBNISSE

- Wunsch nach mehr Kooperation zwischen EU und Nicht-EU-Staaten und mehr Partizipationsmöglichkeiten für junge Menschen, z. B. durch Herabsenkung des Wahlalters
- Wunsch nach mehr Austauschmöglichkeiten für junge Menschen, auch außerhalb der EU-Staaten
- Besorgnis über die Nichteinhaltung der Menschenrechte in einigen Regionen Europas, z. B. in Bezug auf die LGBTQI+ Community
- Problem der Abwanderung von Ost- nach Westeuropa aufgrund fehlender Arbeitsmöglichkeiten
- Notwendigkeit eines breiteren Zugangs zu Kultur, besonders für vulnerable Gruppen
- Grenzüberschreitender Austausch der Zivilgesellschaft muss starker gefördert werden, z. B. durch nicht-kommerzialisierte Plattform, besonders im Hinblick auf die Stärkung des Bewusstseins für Umweltthemen

(8) Hey Europa! Wir sind deine Zukunft!

Diskussionsreihe für Jugendliche und junge Erwachsene, Teil 1

11.06.2021, hybride Veranstaltung

TEILNEHMERKREIS

Dabei waren 20 Teilnehmende aus Baden-Württemberg in Präsenz; online zugeschaltet waren zudem junge Erwachsene aus der italienischen Region Lombardei und aus der französischen Region Auvergne-Rhône-Alpes – Partnerregionen im Netzwerk der Vier Motoren für Europa; ein Europe Direct aus der Region Katalonien war zumindest zeitweise (aufgrund schlechter Verbindung) dazu geschaltet. Insgesamt waren ca. 30 Teilnehmende.

ABLAUF

Nach einer Begrüßung durch die Veranstalterinnen stellte Wolfgang Petzold (Ausschuss der Regionen) die Konferenz zur Zukunft Europas vor. Vorher durchgeführte Umfragen wurden von den Durchführenden präsentiert und es folgte eine Diskussion der verschiedenen Nationen über die Ergebnisse.

ERGEBNISSE

Ziel des Kick-Off Events war es zunächst, miteinander in Verbindung zu kommen, zu hören, wie es jungen Menschen in Europa gerade geht, sowie Themengebiete zu erkennen, die junge Menschen in den vier verschiedenen Regionen besonders bewegen. Darunter waren unter anderem die Themen „Klima/ Klimaschutz“, „Demokratie“ sowie „Stärkere Wirtschaft, soziale Gerechtigkeit, Jobs“. Diese Themen sollten in der Folgeveranstaltung im Herbst möglichst aufgegriffen werden, um einen Beitrag zur Konferenz zur Zukunft Europas – die vor allem jungen Erwachsenen Gehör verschaffen soll – zu erarbeiten.

(9) Hey Europa! Wir sind deine Zukunft!

Diskussionsreihe für Jugendliche und junge Erwachsene, Teil 2

9.10. – 11.10.2021, Präsenz-Veranstaltung

TEILNEHMERKREIS

Insgesamt 30 Teilnehmende. Jugendliche und junge Erwachsene, davon 4 Personen aus der Lombardei, 5 Personen aus Auvergne-Rhône-Alpes, 5 Personen aus Katalonien und 16 Personen aus Baden-Württemberg. Einige Personen haben auch bei der ersten Veranstaltung teilgenommen.

ABLAUF

Durch die internationale Dimension und die Anreise der Teilnehmenden aus dem Ausland trafen sich die Teilnehmenden bereits am Vorabend, tagten am Sonntag den ganzen Tag und unternahmen am Montag noch eine Stadtführung zusammen. Der Konferenztag begann mit Grußworten und einer Kennenlernrunde, wurde weitergeführt mit einem Input als Denkanstoß zum Thema Digitalisierung, wonach die Teilnehmenden in Kleingruppen in 2 Runden Gedanken zum Thema sammelten und konkrete Vorschläge für die Zukunft entwarfen. Nach der Mittagspause ging es ebenso weiter mit dem Thema Seelische Gesundheit. Der Abend klang beim gemeinsamen Abendessen und Netzwerken aus.

ERGEBNISSE

In den 5 Gruppen entstanden viele Ideen zur Lösung der Herausforderungen rund ums Thema Digitalisierung, die sich vor allem in Bildungsangeboten niederschlugen, und ebenso ums Thema seelische Gesundheit. In einer abschließenden Runde stimmten die Teilnehmenden untereinander für die besten Vorschläge ab.

(10) Digitaler Bürgerdialog zwischen Pforzheim und Győr-Moson-Sopron

26.10.2021, virtuelle Veranstaltung

TEILNEHMERKREIS

Im Rahmen des zweistündigen Onlinedialogs diskutierten knapp 30 Pforzheimer Zufallsbürgerinnen und Zufallsbürger und mehrere lokale Politiker über die Bedeutung und Werte der EU.

ABLAUF

Die Stadt Pforzheim veranstaltete einen digitalen Bürgerdialog zum Thema „Ein Blick aus Pforzheim auf die europäischen Werte und Rechte“. Parallel zu dieser Veranstaltung fand eine Diskussion zum gleichen Thema in der ungarischen Partnerkomitat Győr-Moson-Sopron statt. Pforzheims Oberbürgermeister Peter Boch und der Bundestagsabgeordnete Gunther Krichbaum ermutigten die Teilnehmenden in ihren Grußworten zu einer regen Teilnahme. Krichbaum bekräftigte die Bürgerinnen und Bürger dahingehend, dass die Konferenz zur Zukunft Europas die richtige Plattform biete, um Ideen und Anregungen zu äußern. Im Anschluss berichteten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, welche Bedeutung die EU für sie tagtäglich hat und welche Werte ihnen in der EU besonders wichtig sind. Zusammenfassend empfinden die Teilnehmenden die Werte Solidarität, Freiheit, Toleranz und (gegenseitiger) Respekt, Vertrauen, aber auch Transparenz / Informationsfreiheit als besonders wichtig. Bijan Moini von der Stiftung „Jeder Mensch“ gab einen kurzen Input über die Idee zu sechs neuen Grundrechten. Diese umfassen unter anderem das Recht, in einer gesunden und geschützten Umwelt zu leben oder aber auch das Recht auf digitale Selbstbestimmung.

ERGEBNISSE

Die Teilnehmenden machten sich Gedanken darüber, ob und wo es Veränderungen in der EU braucht. Hier wurde der Wunsch nach mehr niedrigschwelligen Informationen geäußert, um mehr Bürgernähe herzustellen, die EU greifbarer zu machen und vor allem auch das Verständnis für die

anderen EU-Länder zu stärken. Es sollte auch mehr über das Europäische Parlament berichtet werden und mehr Klarheit geschaffen werden, welches Gremium welche Funktion ausübt. Ebenso bestand der Wunsch nach mehr sozialer Gerechtigkeit innerhalb von Europa, z.B. durch einen Mindestlohn für ganz Europa oder ein einheitliches Bildungsniveau. Mehr Begegnungen und Austauschmöglichkeiten zwischen den Ländern - vor allem auch für Erwachsene - wurden angedregt. Am meisten kritisiert wurden bestehende Bürokratiehürden und das einstimmige Entscheidungsfindungsverfahren im Rat. Die Teilnehmenden äußerten den Wunsch nach mehr qualifizierter Mehrheit. Auch wurde ein Spannungsverhältnis zwischen einem Allregelungsanspruch der EU und der Eigenverantwortung der einzelnen Staaten erkannt und kritisiert. Die Mehrheit der Teilnehmenden wünscht sich trotzdem oder gerade deswegen die Stärkung der Gemeinsamkeiten und sieht die Zukunft in den „Vereinigten Staaten von Europa“.

(11) Gemeinsamer digitaler Bürgerdialog zwischen Pforzheim und Győr-Moson-Sopron

24.11.2021, virtuelle Veranstaltung

TEILNEHMERKREIS

Oberbürgermeister Peter Boch, Komitatspräsident Zoltán Németh, Mitglieder der Verwaltung Győr-Moson-Sopron und Pforzheim und ca. 40 interessierte Bürgerinnen und Bürger aus beiden Regionen.

ABLAUF

Am 24.11.2021 haben sich rund 60 Bürgerinnen und Bürger aus der Stadt Pforzheim und dem ungarischen Partnerkomitat Győr-Moson-Sopron bei dem letzten Termin des digitalen Bürgerdialogs zur Zukunft Europas zum Thema „Digitaler Bürgerdialog zur Zukunft Europas – Ein Blick aus Győr-Moson-Sopron (Ungarn) und Pforzheim (Deutschland) auf die europäischen Werte und Rechte“ ausgetauscht. Bereits Ende Oktober 2021 fanden in Pforzheim und in Győr-Moson-Sopron zwei parallellaufende digitale Bürgerdialoge zum Thema Werte und Rechte statt. Die Teilnehmenden diskutierten darüber, was sie verbindet und wie sie in ihren Ländern das Bewusstsein für die Werte der EU stärken können.

Das Ziel des transnationalen Bürgerdialogs war es, sich auszutauschen, aber auch die EU zu stärken und ein Gemeinschaftsgefühl aufzubauen. Pforzheims Oberbürgermeister Peter Boch war zu Gast und begrüßte die Teilnehmenden. Im Anschluss würdigte der ungarische Komitatspräsident Zoltán Németh den digitalen Bürgerdialog mit den Worten „Das ist eine einmalige Gelegenheit, um uns besser kennenzulernen“. Auch der Bundestagsabgeordnete Gunther Krichbaum, der im Übrigen auch Vertreter des Bundes bei der Konferenz zur Zukunft Europas ist, nahm teil. Er sieht eine besondere Bedeutung in den Städtepartnerschaften, da sie Menschen in Europa zusammenbringen. Es sei ihm ein besonderes Anliegen, die junge Generation für die Europäische Union zu begeistern, denn europäische Rechte seien Rechte jeder Bürgerin und jedes Bürgers.

ERGEBNISSE

Die Teilnehmenden waren insgesamt sehr begeistert von der Onlineveranstaltung. Sie wünschen sich auch in Zukunft den Austausch mit Menschen aus anderen europäischen Ländern, persönlich und im Rahmen digitaler Bürgerdialoge. Ferner sind sie der Meinung, über die EU müsse mehr gesprochen werden, und zwar nicht nur in der Schule, sondern auch in den Medien. Zum Beispiel mit einer festen Sendezeit für Berichte aus den verschiedenen EU-Ländern, damit das Gemeinschaftsgefühl und die Verbundenheit wachsen. Denn nur indem man mehr voneinander weiß, kann man auch in den

Austausch treten und die gemeinsame Zukunft gestalten. Am besten wäre es, so die Teilnehmenden, wenn EU-Themen schon in der Grundschule unterrichtet werden würden. Auch wichtig sind Schüler- und Studentenaustausche wie das Erasmus-Programm. Die gemeinsame Geschichte verbindet die europäischen Länder. Aus Sicht der Teilnehmenden verbindet deutsche und ungarische Bürger aber nicht nur die Geschichte, sondern auch die Lebensweise wie beispielsweise Religion, Kultur und Sport. Wichtig ist es die Ereignisse der Geschichte zusammen kennenzulernen und eine gemeinsame Sicht dafür zu entwickeln. Es müsse aber auch die Solidarität unter den Völkern vertieft werden. Zusammenfassend lässt sich also sagen, dass die Teilnehmer sich durchaus mehr transnationale Austauschmöglichkeiten und ein größeres Gemeinschaftsgefühl wünschen. Das lässt sich allerdings nicht nur durch einmalige Aktionen wie der Konferenz zur Zukunft Europas realisieren, sondern müsse in den Köpfen verankert werden, etwa durch oben genannte Vorschläge.

(12) Bürgerdialog zur Zukunft Europas in Sindelfingen

09.10.2021, Präsenz-Veranstaltung

TEILNEHMERKREIS

Der Schwerpunkt lag auf dem Austausch der 75 anwesenden Bürgerinnen und Bürger mit politischen Entscheidungsträgern zu Fragen, in welchem Europa die Menschen vor Ort in Zukunft leben wollen und welches Europa sie für sich persönlich, für Sindelfingen und für Baden-Württemberg wünschen. Als Podiumsteilnehmende standen die Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt, der Staatssekretär für politische Koordinierung und Europa im Staatsministerium Baden-Württemberg Florian Hassler, Dr. Renke Deckarm als Pressesprecher der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München und Christian Gangl als Erster Bürgermeister der Stadt Sindelfingen Rede und Antwort. Moderiert wurde der Bürgerdialog von Prof. Dr. Gabriele Abels von der Universität Tübingen.

ABLAUF

Am 9. Oktober 2021 fand ein Bürgerdialog zur Zukunft Europas im Anschluss an die Landesversammlung der Europa-Union Baden-Württemberg unter dem Motto „Europa – Wir müssen reden!“ in der Stadthalle Sindelfingen unter Einhaltung der regionalen Corona-Auflagen statt. Die Veranstaltung fand im Rahmen der bundesweiten Bürgerdialogreihe „Europa – Wir müssen reden!“ statt, die vom Europäischen Parlament gefördert wird. Als Kooperationspartner beteiligt waren die Europa-Union Baden-Württemberg, die Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) Baden-Württemberg sowie die Stadt Sindelfingen.

ERGEBNISSE

Im Laufe des Bürgerdialogs wurden die folgenden zentrale Forderungen im Rahmen der Konferenz zur Zukunft Europas erarbeitet:

1. Ein Europa der Bürgerinnen und Bürger schaffen
 - Die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern soll nachhaltig gestärkt und gefördert werden.
2. Stärkere Beteiligung und Berücksichtigung der lokalen und regionalen Ebene im EU-Gesetzgebungsprozess
 - Kommunen und Regionen sollen auf europäischer Ebene mehr Gehör verschafft und sollen rechtzeitig in den Beteiligungsprozess einbezogen werden.
 - Die Einbindung von Kommunen und Regionen im europäischen Mehrebenensystem soll nachhaltig gefördert und gestärkt werden.
3. Förderung von Subsidiarität und Föderalismus

- Eine handlungsfähige EU nach innen wie nach außen unter Berücksichtigung des Subsidiaritätsprinzips.

Institutionelle Anliegen

der Landesregierung von Baden-Württemberg an die Konferenz zur Zukunft Europas

Beschluss des Ministerrats vom 15. Februar 2022

Baden-Württemberg fühlt sich dem europäischen Gedanken im Besonderen verbunden. Das Land hat der Europäischen Integration viel zu verdanken. Die EU prägt heutzutage maßgeblich die Rahmenbedingungen für eine weitere erfolgreiche Entwicklung unseres Landes. Die Landesregierung wirkt daher aktiv an der weiteren Gestaltung der EU mit. Um Antworten auf die kommenden Herausforderungen und Prioritäten zu finden, hat die EU eine Konferenz zur Zukunft Europas einberufen. Bereits 2018 hat die Landesregierung mit dem Europadialog eine breite Debatte über die Zukunft der EU durchgeführt.

Zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürgern in Bürgerforen im ganzen Land sowie Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Verbänden, Kirchen, Wirtschaft und Politik in Experten- und Fachforen haben über die Frage diskutiert, in welcher EU wir in Zukunft leben wollen. Die Ergebnisse sind maßgeblich in das Europa-Leitbild eingeflossen. Das Europa-Leitbild dient als europapolitische Standortbestimmung der Landesregierung. Aufbauend auf den Erfahrungen und Erkenntnissen aus dem Europadialog hat die Landesregierung mehrere Bürgerdialoge mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern als Beitrag zur Konferenz zur Zukunft Europas durchgeführt. Die Ergebnisse aus diesen Bürgerdialogen bestätigen die Zielrichtung und die Themenfelder des Europa-Leitbilds und ergänzen es durch weitere Anregungen.

- I. Die im Europa-Leitbild behandelten politischen und institutionellen Themenbereiche prägen auch die Arbeit der Konferenz zur Zukunft Europas. Die Landesregierung von Baden-Württemberg stellt daher der Konferenz das Europa-Leitbild als Ideenpapier und Diskussionsbeitrag zur Verfügung.
- II. Aufbauend auf dem Europa-Leitbild und auf den Ergebnissen aus den in Baden-Württemberg durchgeführten Bürgerdialogen zur Konferenz zur Zukunft sieht die Landesregierung Reformbedarf in folgenden institutionellen Fragen:
 1. Für eine Stärkung der politischen Teilhabe, der Mitbestimmung und der europäischen Öffentlichkeit sollten neue Formen der Bürgerbeteiligung durch Bürgerdialoge mit zufällig ausgewählten Bürgerinnen und Bürgern anlassbezogen auf Ebene der EU institutionalisiert werden. Die Beteiligung sollte sich an aktuelle thematische Fragestellungen richten, um mit konkreten Sichtweisen und Ideen der Bürgerinnen und Bürger für diese Vorhaben beizutragen.
 2. Durch die Einrichtung eines Beteiligungsportals für Bürgerinnen und Bürgern für die EU-Politik auf der Grundlage der Online-Plattform der Zukunftskonferenz könnten ergänzend niederschwellige Beteiligungsmöglichkeiten entwickelt werden.
 3. Die Unionsbürgerschaft sollte für die Bürgerinnen und Bürger sichtbarer gemacht werden und bestehende Hürden für die Freizügigkeit der Menschen innerhalb der EU weiter abgebaut werden, wie etwa bei der Anerkennung von Berufsabschlüssen oder bei grenzüberschreitenden Dienstleistungen.
 4. Langfristig kann ein EU-Wahlrecht, das die Bevölkerungsverhältnisse in der EU besser abbildet, einen weiteren Beitrag zur Stärkung der demokratischen Rückbindung des Europäischen Parlaments leisten. Denkbar wären auch europarechtlich geregelte grenzüberschreitende Wahlkreise oder transnationale Listen.
 5. Das institutionelle Gefüge der EU wird seitens der Bürgerinnen und Bürger als wenig verständlich und transparent wahrgenommen. Im Rahmen einer institutionellen Weiterentwicklung sollten die Rollen der Kommission als Exekutive sowie des

Europäischen Parlaments und des Rates als Legislativorgane weiterentwickelt werden. Dies würde die politische Verantwortung im Institutionengefüge transparenter machen. Ein erster Schritt wäre die Verknüpfung der Ergebnisse der Europawahl mit der Wahl der Kommissionspräsidentin oder des Kommissionspräsidenten durch ein verbindliches Spitzenkandidatenprinzip.

6. Das Europäische Parlament muss in seinen Aufgaben und seinen Rechten gestärkt werden. Dem Parlament muss ein Initiativrecht zukommen. Im Bereich Außen- und Sicherheitspolitik sollen dem Parlament im Legislativprozess weitreichendere Kompetenzen zugesprochen werden.
7. Die nationalen Parlamente müssen stärker in den Fokus rücken. Sie erfüllen eine wichtige Brückenfunktion zu den Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Insbesondere im Rahmen der Subsidiaritätskontrolle müssen die Verfahren so ausgestaltet sein, dass die berechtigten Belange der nationalen Parlamente besser Berücksichtigung finden. Bislang bedarf eine Subsidiaritätsrüge (sog. Gelbe Karte) der Zustimmung eines Drittels der nationalen Parlamente. Diese Hürde hat sich als zu hoch erwiesen. Wir fordern ein Absenken des Quorums. Eine sog. „Grüne Karte“ würde es den nationalen Parlamenten ermöglichen, Vorschläge zu europäischen Gesetzesinitiativen einzubringen oder die Überarbeitung, Änderung oder Aufhebung bestehender Rechtsvorschriften zu fordern, ohne das Initiativrecht der Europäischen Kommission anzutasten.
8. Subsidiarität muss als entscheidender Maßstab für die Verteilung von Aufgaben in der EU weiter gestärkt werden. Bei Themen, bei denen europäisches Handeln einen Mehrwert hat, insbesondere bei Fragen von europäischer oder globaler Dimension, muss die EU gestärkt werden und global gemeinsam agieren. Dazu gehören die Außen- und Sicherheitspolitik, Flüchtlingspolitik, Spitzenforschung oder der Klimaschutz. Andererseits müssen die Regionen und Kommunen im Rahmen ihrer kommunalen Selbstverwaltung und zur Sicherung der Daseinsvorsorge mehr Gestaltungsmöglichkeiten erhalten. Die nächste Reform der EU sollte sich auch der Frage der Verteilung der Zuständigkeiten zwischen der EU-Ebene, den Mitgliedstaaten, den Regionen und den Kommunen widmen.
9. Die Europäischen Institutionen sollten bei neuen EU-Rechtsetzungsvorhaben besser darlegen, dass die unteren Ebenen das Ziel nicht ausreichend erreichen können, sondern dieses Ziel auf EU-Ebene besser zu verwirklichen ist. Die Europäischen Kommission sollte dazu ihre Folgenabschätzungen verbessern und die Mitgliedstaaten und Regionen im Vorfeld von Rechtsetzungsvorschlägen noch enger einbeziehen.
10. Erforderlich ist auch eine Anpassung des EU-Haushalts an eine reformierte Kompetenzordnung entlang des europäischen Mehrwerts. Dies sollte mit der Einführung neuer EU-Eigenmittel zur Finanzierung zu definierender europäischer Gemeingüter verbunden werden.
11. In den Bereichen, in denen dies bereits heute nach Vertragslage möglich ist, sollte geprüft werden, wo von der Einstimmigkeit zu Mehrheitsentscheidungen übergegangen werden kann. Dies gilt insbesondere für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik.
12. In der Außenpolitik muss die EU mehr Handlungsfähigkeit und damit Sichtbarkeit erlangen und Verantwortlichkeiten erhalten. Hierzu sollte die Rolle des EU-Außenbeauftragten gestärkt werden mit dem Ziel, dass dieser stärker als bisher die EU und ihre Mitgliedstaaten auf internationaler Ebene vertreten kann.

13. Die EU ist eine Gemeinschaft des Rechts. Sie ist in ihrem Bestand davon abhängig, dass sich die Vertragsparteien an die getroffenen Vereinbarungen halten. Sollten sich die vorhandenen Instrumente der EU zur Kontrolle der Einhaltung rechtsstaatlicher Standards auf Dauer als unwirksam erweisen, muss über neue, wirksamere Instrumente auch in Form von Vertragsänderungen nachgedacht werden. Denkbar wäre hier auch die Festlegung eines transparenten Maßnahmenkatalogs bei Verstößen gegen den Wertekanon der EU durch einzelne Mitgliedstaaten.
 14. Mit dem Vereinigten Königreich sollten neue Dialogformate etabliert werden um insbesondere Kontakte und Austauschmöglichkeiten der Zivilgesellschaft zu ermöglichen und zu fördern. Insbesondere Formate für junge Menschen sollten entwickelt werden. Dabei soll die Assoziierung von Programmen in den Zuständigkeiten der Regionen innerhalb des Vereinigten Königreiches an EU-Programmen ermöglicht werden.
 15. Baden-Württemberg ist mit der Schweiz als Nachbar kulturell und wirtschaftlich eng verbunden. Wir setzen uns für die Weiterentwicklung des Verhältnisses EU – Schweiz mit dem Ziel der Schaffung eines neuen institutionellen Gesamtrahmens der Zusammenarbeit ein.
 16. Die Covid-19-Pandemie hat neuen Handlungsbedarf für die europäische Zusammenarbeit aufgezeigt. Insbesondere für Grenzregionen sind Regelungen erforderlich, die im Fall von Pandemien oder anderen Gefahrensituationen ein grenzüberschreitendes Handeln ermöglichen. Dabei müssen regionale Frühwarnsysteme gestärkt und diese in nationale und europäische Systeme einbezogen werden. Es ist erforderlich, dass die nationalen Regierungen ihre Grenzregionen bei der Einführung von Maßnahmen zum Infektionsschutz anhören.
 17. Die Landesregierung sieht Handlungsbedarf für die Stärkung der Rolle der EU bei der Koordination von Katastrophenschutzmaßnahmen und Pandemiesituationen. Notwendig dabei sind gemeinsame und interoperable Datensysteme beziehungsweise eine verbesserte Vergleichbarkeit der Daten und Indikatoren. In Krisensituationen ist bei der Kommunikation an die Bevölkerung eine Beteiligung aller betroffenen Ebenen (national, regional, lokal) und eine abgestimmte grenzüberschreitende Öffentlichkeitsarbeit erforderlich. Beim Aufbau ergänzender Strukturen und Kapazitäten auf EU-Ebene sollten die Erfordernisse gegenseitiger Solidarität, eine möglichst bürgernahe Verantwortlichkeit und der Erhalt funktionierender und ehrenamtlich getragener Strukturen im Katastrophenschutz in Einklang gebracht werden.
 18. Grenzregionen sollte es ermöglicht werden, grenzüberschreitende Modellregionen im Gesundheitsbereich zu schaffen, in denen institutionelle Neuerungen und eine Vorsorgeplanung aufgebaut wird, um auf Gesundheitskrisen und Katastrophenfälle besser reagieren zu können.
- III. Die Konferenz zur Zukunft Europas hat ein umfassendes Mandat erhalten. Aufgrund der Covid-19-Pandemie und institutioneller Abstimmungsprozesse konnte die Konferenz erst mit einem Jahr Verspätung starten. Es hat sich gezeigt, dass für die Debatten und Ergebnissicherung – insbesondere im Rahmen der Bürgerdialoge auf den verschiedenen Ebenen – ausreichend Zeit erforderlich ist. Die Landesregierung von Baden-Württemberg hält es daher für notwendig, die Konferenz zu verlängern. Sie kann dabei auf die breite Unterstützung des Landtags zählen. Die Ergebnisse der Bürgerdialoge sollten im Schlussdokument der Konferenz berücksichtigt werden. Als Ergebnis der Konferenz sollten auch konkrete Empfehlungen für institutionelle Reformen stehen. Zur Umsetzung

dieser Empfehlungen muss es einen verbindlichen Nachfolgeprozess geben, je nach Art der Empfehlungen auch in Form eines Konvents nach Art. 48 EUV.

Impressum

Herausgeber

Staatsministerium Baden-Württemberg Referat 61 – Europa

Richard-Wagner-Straße 15

70184 Stuttgart, Germany

Gestaltung

BOXFISCH DESIGN

Hohenzollernstr. 90

75177 Pforzheim, Germany

www.boxfisch-design.de

Redaktion

Daniela Lörch

Tel. +49 711 2153 522, daniela.loerch@stm.bwl.de

Druck

WIRmachenDRUCK GmbH

Mühlbachstr. 7

71522 Backnang, Germany

www.wir-machen-druck.de